

ERKLÄRUNG

1. Im Mai 1990 fand in Thailand das World Solidarity Forum on Sri Lanka for Justice and Peace statt, an dem über 100 Personen als Repräsentanten srilankischer Organisationen sowie Entwicklungsorganisationen, regionale und internationale Hilfsorganisationen aus Sri Lanka, soziale, religiöse und Friedensgruppen aus weiteren 20 Ländern teilnahmen. Das Treffen war eine Antwort auf die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und den Abbau von Demokratie in Sri Lanka.

2. Das Forum bekennt sich nachdrücklich

2.1. zu Frieden und zur Respektierung der Menschenrechte;

2.2. zu dem Ziel einer multi-ethnischen Gesellschaft, die auf der Respektierung der Identität und den legitimen Rechten aller Nationalitäten und ethnischen Gruppen basiert;

2.3. zu Demokratie, politischer Freiheit, der freien und ungehinderten Ausübung von Bürgerrechten, einem säkularen und pluralistischen Staat, der die Gleichachtung aller Religionen garantiert und zu konstitutionellen und demokratischen Strukturen, die auf diesen Prinzipien basieren.

3. Das Forum betrachtet mit tiefer Besorgnis die gegenwärtige Situation in Sri Lanka und stellt fest:

3.1. daß seit mehreren Monaten täglich schwere Menschenrechtsverletzungen geschehen wie Entführungen, Verschwindenlassen von Personen, willkürliche Verhaftungen, Vergewaltigungen, Zwangsrekrutierung Minderjähriger, Folter und außergerichtliche Tötungen und daß diese Verletzungen auch weiterhin anhalten;

3.2. daß Staat sowie Vigilante-Gruppen, die mit den gegenwärtigen Machthabern verbündet sind und einige andere politische Organisationen dafür verantwortlich zu machen sind;

3.3. daß sich das Land in einem Zustand der Militarisierung befindet;

3.4. daß

3.4.1. das Versagen mehrerer Regierungen, den ethnischen Konflikt zu lösen,

3.4.2. die Untergrabung demokratischer Prozesse und das Anwachsen autoritärer Regierungsstrukturen sowie

3.4.3. die Einführung wirtschaftlicher Maßnahmen, die eine steigende Verarmung und Marginalisierung weiter Bevölkerungsschichten zur Folge hatten,

zur gegenwärtigen Situation des Landes beigetragen haben.

4. Das Forum stellt fest, daß Verhandlungen zwischen der srilankischen Regierung und der LTTE anhalten und begrüßt alle Bemühungen den bereits lange währenden ethnischen Konflikt zu lösen.

5. Auf der Grundlage der hier dargelegten Erklärungen und Voraussetzungen fordert das Forum

5.1. von allen politischen Gruppierungen, auf Gewalt oder terroristische Aktionen als Mittel zur Lösung politischer Differenzen zu verzichten;

5.2. strikte Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bei dem Einsatz aller mit der Durchführung von Gesetzen betrauten Institutionen u.a. Polizei und Armee;

5.3. die Auflösung und Entwaffnung aller Vigilante-Gruppen, die Entmilitarisierung des Landes und die Wiederherstellung einer demokratischen Zivilverwaltung.

6. Das Forum wendet sich an die internationale Öffentlichkeit mit der Aufforderung,

6.1. aktiv Initiativen zu unterstützen, die auf die Beendigung jeglicher Menschenrechtsverletzungen und demokratischer Rechte zielen und zur Wiederherstellung demokratischer Strukturen und Praktiken beitragen;

6.2. die Regierung Sri Lankas aufzufordern, ihren Verpflichtungen aus internationalen Konventionen in zivilrechtlicher, politischer, sozialer, kultureller und ökonomischer Hinsicht nachzukommen;

6.3. die Einhaltung der Menschenrechte als Voraussetzung für Hilfsleistungen zu verlangen;

7. Das Forum betrachtet folgende Punkte als Voraussetzung für die Wiederherstellung von Frieden und Demokratie in Sri Lanka und wird sich daher national und international einsetzen:

7.1. um die Aufmerksamkeit auf die Verletzung von Menschenrechten und demokratischen Rechten zu lenken;

7.2. für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, Abhalten freier und gerechter Wahlen, Rücknahme repressiver Gesetze, Schutz der Unabhängigkeit und Integrität der Gerichte und die Beachtung der internationalen Konventionen, zu denen sich Sri Lanka verpflichtet hat;

7.3. für den sofortigen Stop der Zwangsrepatriierung von Plantagenarbeitern und die Gewährung der srilankischen Staatsbürgerschaft an alle Plantagenarbeiter, die Staatsbürger von Sri Lanka werden wollen;

7.4. für die Schaffung von Gebieten mit regionaler Autonomie, in denen alle Bürger ihre demokratischen Rechte ohne Gewalt und Zwang ausüben können und in denen alle Bevölkerungsgruppen ihre Rechte ausüben und von ihnen profitieren können;

7.5. für die Gewährleistung von Meinungs- und Redefreiheit, einschließlich Unabhängigkeit der Massenmedien von staatlicher Kontrolle und zwar innerhalb von Strukturen, die es ihnen ermöglichen, die Pluralität der srilankischen Gesellschaft darzustellen;

7.6. für die Entwicklung ökonomischer Strukturen, welche die Werte einer demokratischen Gesellschaft unterstützen und steigern können.

8. Beschluß

Das 'World Solidarity Forum on Sri Lanka' hat diese Stellungnahme auf der Basis seines Bekenntnisses zu Frieden, Gerechtigkeit und der Wiederherstellung von Demokratie in Sri Lanka einmütig gefaßt und ruft gleichgesinnte Gruppen und Einzelpersonen auf, sich dieser Initiative anzuschließen und sie zu unterstützen (Chonburi Thailand, 10. Mai 1990).

Übersetzung: Petra Withanage